

Vortrag an den Ministerrat

GZ: BMNT-LE.2.3.2/0062-II/9/2018

Wien, am 11.10.2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Gegenstand: Bericht über die Tagung des informellen Rates der Europäischen Union
(Landwirtschaft/Fischerei) in Schloss Hof/Österreich am 25. Sept. 2018

Am 25. September 2018 fand die Tagung des informellen Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Schloss Hof/Österreich statt. Die Ministerinnen und Minister diskutierten die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 unter dem Titel „CAP post 2020 – Shaping the future of vital rural areas and quality food production in the European Union“.

Die Tagung wurde durch ein Gastreferat der österreichischen Köchin und Unternehmerin Sarah Wiener eröffnet. Sie betonte, wie wichtig eine ökologische und regionale Lebensmittelproduktion sei um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen.

Die Präsidenten der europäischen Interessensverbände Joachim Ruckwied (COPA/Landwirtschaft), Thomas Magnusson (COCEGA/Genossenschaften) und Jannes Maes (CEJA/Landjugend) legten ihre Vorstellungen für eine neue Gemeinsame Agrarpolitik dar, wobei unter anderem die Sicherung und Anhebung des Lebensstandards der Landwirte sowie die wesentliche Rolle von Innovationen hervorgehoben wurden.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament Czesław Adam Siekierski betonte in seinen Ausführungen, dass die Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik radikale Veränderungen in den Umsetzungsprinzipien mit sich brächten. Darüber hinaus hob er Themen wie Einkommensstabilität und Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum hervor. Im Hinblick auf den Zeitplan hegte Vorsitzender Czesław Adam Siekierski Zweifel, ob eine Beschlussfassung noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament realisierbar sei.

Die Ratsvorsitzende ging einleitend auf das Thema der informellen Ministertagung ein, insbesondere auf die vielfältigen Aufgaben und den besonderen Mehrwert der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Gesellschaft insgesamt, aber insbesondere für den ländlichen Raum. Darunter vor allem auch auf die Gewährleistung hoher Lebensmittelqualität und die Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss zum Erhalt einer flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft beitragen, insbesondere auch in benachteiligten Gebieten.

Kommissar Phil Hogan verwies in seiner Intervention auf das Diskussionspapier der Ratspräsidentschaft sowie die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik für einen starken Agrarsektor und lebendige ländliche Räume. Die ländliche Entwicklung stellt einen wichtigen Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik dar. Er betonte, dass die Landwirtschaft eine wichtige Rolle im Klimaschutz spielen muss, diese Aufgabe jedoch nicht alleine übernehmen kann. Darüber hinaus seien die Landwirte für ihre Leistungen – auch im öffentlichen Interesse – entsprechend zu entlohnen. Einkommensstabilität sei besonders für die Entwicklung des ländlichen Raumes wichtig. Er verwies auf die Cork 2.0-Erklärung aus dem Jahr 2016 und deren Relevanz als Leitdokument für die ländliche Entwicklung. Kommissar Phil Hogan sprach darüber hinaus die heurige Dürre sowie die afrikanische Schweinepest an und erläuterte die diesbezüglich bereits eingeleiteten Maßnahmen.

Betreffend die afrikanische Schweinepest erläuterte Belgien die Anstrengungen und Kooperationen auf allen Ebenen im Kampf gegen die Tierseuche. Alle Maßnahmen wurden dabei mit der Europäischen Kommission abgestimmt. Einige Delegationen brachten ihre Solidarität zum Ausdruck. Einzelne Mitgliedsstaaten äußerten sich auch zur Dürre sowie den damit einhergehenden Ertragseinbußen in den jeweiligen Ländern und bedankten sich für die erhaltene Unterstützung.

Mehrere Mitgliedsstaaten wiesen darauf hin, dass Innovation, Forschung und Entwicklung, neue Technologien wie die Digitalisierung sowie Wissenstransfer als Chance zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten betrachtet werden müssten. Die Unterstützung von Junglandwirten, um den Generationswechsel in der Landwirtschaft erfolgreich vollziehen zu können, wurde mehrfach angesprochen. Genannt wurde in diesem Zusammenhang auch der Erhalt eines stabilen Einkommensniveaus als wesentlicher Anreiz für die Ausübung landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Mehrere Mitgliedstaaten betonten die Rolle der bäuerlichen Familienbetriebe. Diese sollten entsprechende Unterstützung aus beiden Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten. Mehrfach wurde bekräftigt, dass die Landwirtschaft zum Umwelt- und Klimaschutz beitrage. Finanzielle Anreize seien notwendig, um die hohen Anforderungen betreffend Umweltziele und Standards auch künftig erfüllen zu können. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Gebiete könne insbesondere durch die zweite Säule erreicht werden. Auch die Bedeutung der Direktzahlungen als Einkommensbestandteil sowie die Konvergenz der Direktzahlungen wurden in diesem Zusammenhang thematisiert.

Eine Gruppe von Mitgliedsstaaten hob ebenso die Rolle der Konsumenten hervor, die immer bewusster einkaufen, aber besser über die Leistungen der Landwirte informiert werden sollten. Hervorgehoben wurden außerdem auch die Bio-Produktion sowie die Bedeutung geschützter Herkunftsangaben.

Die Ratsvorsitzende betonte abschließend, dass die Gemeinsame Agrarpolitik weiter zu entwickeln und an die Gegebenheiten der Mitgliedstaaten anzupassen ist. Dabei steht die Sorge um eine intakte Umwelt im Fokus. Ein Konsens sei im Hinblick auf die Bedeutung der Gemeinsame Agrarpolitik für die ländlichen Räume und die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel festzustellen. Es gilt, Chancen und attraktive Bedingungen für Junglandwirte im ländlichen Raum zu schaffen.

Am Ende der Tagung fand eine Anhörung der französischen Kandidatin, Catherine Geslain-Lanéelle, als nächste Generaldirektorin der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), statt. Sie stellte sich und ihre Visionen, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Zukunft geführt werden sollte, den Delegationen vor. In den Mittelpunkt stellte sie den Kampf gegen die Armut, den Klimawandel sowie die Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft als wesentlichen Beitrag zum Erhalt des Friedens. Darüber hinaus betonte sie den wesentlichen Beitrag der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele 2030. Zahlreiche Mitgliedstaaten bekundeten Catherine Geslain-Lanéelle im Anschluss ausdrücklich ihre Unterstützung.

Ich stelle daher den

Antrag

Die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesministerin:

Köstinger